

Die Vermögensabgabe-Enquete.

Budapest, 7. Februar.

Heute wurde die allgemeine Debatte über die Vermögensabgabe abgeschlossen und Finanzminister Paul Szende ergriff die Gelegenheit, im Rahmen seines Resümées die Finanzpläne der Regierung sowie die allgemeinen Richtlinien ihrer sozialen Politik zu erörtern. Die Versicherung des Ministers, daß er sowie die Gesamtregierung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln bestrebt sind, die Arbeitslust der Massen wieder zu erwecken und dadurch die in Stoerung geratene Produktion in Gang zu bringen, fand allgemeine Zustimmung. Ueber die heutige Verhandlung berichten wir im nachstehenden:

Desider Abraham tabelt das Bestreben, die Veranlagung der großen Vermögensabgabe stark hinauszuschieben. Er hofft, daß die aus der Monarchie hervorgegangenen neuen Staaten den auf sie entfallenden Teil der Staatsschulden auf sich nehmen werden. In der Überzeugung, daß die Vermögensabgabe allein zur Tilgung der Staatsschulden nicht hinreichen werde, fordert Redner die Einführung verschiedener neuen, jährlich wiederkehrenden Steuern. — Benno Koller sieht dem Ergebnis der Vermögensabgabe überaus skeptisch entgegen und erwartet von ihr nicht einmal den Effekt, daß die schwebende Banknotenschuld aus ihrem Erlös zurückgezahlt werden kann. Er geißelt in scharfen Worten die Papierwirtschaft der vergangenen Regierungen und fordert den Finanzminister zur Vorlage eines detaillierten Staatsvoranschlages auf. — Dr. August Bari bezeichnet als dringlichsten Zweck der Vermögensabgabe die schleunige Tilgung der Banknotenschuld und führt den Nachweis, daß an der allgemeinen Teuerung die ungeheure Banknoteninflation die Hauptschuldfrage. Eine besondere Belastung der Produktion durch die Vermögensabgabe siehe kaum zu befürchten, da das Vermögen der Steuersubjekte nur in Ausnahmefällen in seiner Gesamtheit in den Betrieb investiert sei. Die Vermögensabgabe sei schleunigst zu veranlassen, denn ansonsten wird das noch vorhandene Vermögen durch die hohen Kosten der Nichtproduktion mit der Zeit ganz atomisiert und wird keine Quelle zur Regenerierung unserer Staatsfinanzen übrig bleiben. — Dr. Friedrich Görög tritt der Auffassung entgegen, daß mit dem Erlös der Vermögensabgabe die schwebende Bankschuld getilgt werde. Man müsse aus dem Erlös vorerst die hochverzinslichen Schulden, also die Kriegsanleihen zurückzahlen, da ansonsten die Sanierung der Staatsfinanzen unmöglich werden würde. Er ist der Ansicht, daß im Wege der Banknoteneinzahlung die Wiederherstellung des Geldwertes unmöglich sei. Im übrigen bedarf es nicht einer Wiederherstellung der hohen Kaufkraft der Werteinheit, sondern bloß der Beständigkeit unserer Baluta.

Sodann ergriff Finanzminister Szende das Wort, um das Ergebnis der Diskussion zusammenzufassen und seinen Standpunkt gegenüber den vorgebrachten Argumenten zu präzisieren. Er beginnt mit der Erklärung, daß die Frage der Vermögensabgabe durch ihn keineswegs als parteipolitischem Gesichtspunkt aufgeworfen wurde. Diese Maßregel hält Redner nicht nur aus sozialpolitischem, sondern auch aus staatsfinanziellen Gesichtspunkte für unabweisbar. Die Enquete erscheine dem Außenstehenden als eine Demonstration für die Vermögensabgabe. In Wahrheit aber haben viele Teilnehmer der Konferenz die geplante Steuerreform nicht akzeptiert, da die meisten Anträge ein Hinauschieben der Vermögensabgabe bezweckten. Gar viele Anhänger der Vermögensabgabe hielten im Laufe der Enquete eine förmliche Philippika gegen sie. Manche wünschen die Aufschiebung bis zum Zeitpunkt, in dem die Aufstellung eines genauen Staatsvoranschlages möglich sein wird. Andere wollen den Abschluß des Friedens abwarten, und viele Redner machen die Schaffung der Vermögensabgabe von einem diesbezüglichen Ueber-einkommen mit den Nachbarstaaten abhängig. Betreffend den letzten Wunsch erklärt der Finanzminister, daß eine Anbahnung von diesbezüglichen Verhandlungen mit den feindlichen Nachbarstaaten aus dem Grunde unmöglich war, weil diese ihren Eintritt in die Verhandlungen von der Anerkennung ihrer Souveränität über die von ihnen rechtswidrig besetzten Gebiete Ungarns abhängig nahen. Redner glaubt kaum, daß jemand auch nur einen Teil Ungarns dem Feinde überlassen wollte, nur um dadurch eine ganz konforme Vermögensabgabe in den feindlichen Nachbarstaaten zu ermöglichen. Aus sozialem Gesichtspunkte betrachtet, ist es ganz irrelevant, wie sich diese Staaten zur Vermögensabgabe verhalten. Denn wenn es richtig ist, daß die Vermögensabgabe zu einer richtigen Nivellierung der großen Vermögensunterschiede geeignet ist, und dieser Ansicht ist der Finanzminister, so ist es für uns ganz gleichgültig, ob unsere Nachbarstaaten diese erwünschte Vermögensausgleichung selbst vornehmen oder nicht. Szende tritt nun der Auffassung entgegen, daß der Steuer-schlüssel der Vermögensabgabe von jenem der Nachbarstaaten abhängt, denn Ungarn muß schließlich damit rechnen, daß seine Lasten, als jene des besiegten Staates, schwerer sein werden als die der Siegenden. Die Höhe dieses Steuer-schlüssels hänge einzig und allein von dem Maße der Notwendigkeit einer finanziellen und wirtschaftlichen Regenerierung Ungarns ab. Die in der Presse häufig wiederkehrende Behauptung, die allerdings in der Enquete nicht wiederholt wurde, wonach einzelne Familien wegen der allzu hohen Steuerlasten von Ungarn abfallen werden, hält der Minister nicht für stichhaltig, denn in der Territorialfrage werden schließlich nicht diese Familien, sondern höhere Mächte entscheiden. Was die Durchführung der neuen Steuer betrifft, liege schon darin ein Hinaus-schieben der Einhebung, daß die Veranlagungsarbeiten längere Zeit in Anspruch nehmen. Auch die Befürchtung betreffend die Begehrlichkeit des feindlichen Auslandes hinsichtlich einer eventuellen Kriegsschadigungsforderung hängt nicht mit der Höhe der Vermögensabgabe zusammen, wir dürfen nur nicht im vorhinein verkünden, daß das Ergebnis allzu groß sein werde. Heute könne man schon feststellen, daß die öffentliche Meinung eine viel höhere Abgabe erwartet hat, als sie die Regierung plant. Die Veröffentlichung des nach seiner Ansicht mäßigen Steuer-schlüssels werde in dieser Hinsicht noch mehr zur Beruhigung beitragen.

Sodann behandelt Szende die aufgeworfenen Fragen der Devaluation und nimmt in entschiedener Weise dagegen Stellung, daß wir den Nennwert des Geldes einfach herabsetzen sollen, da diese Maßregel antidemokratisch und ungerecht wäre, indem sie eben die untersten Schichten, wie Witwen, arme Rentenbesitzer, Pensionisten und dergleichen arg schädigen würde. Unser aller Bestreben,

unsere gesamte Arbeit muß darauf gerichtet sein, den Staatsbankrott zu verhüten. Was die Verwendung des Erlöses der Vermögensabgabe betrifft, müssen wir praktisch genommen zuerst die schwebende Anleihe der Bank zurückzahlen, da die Notenbank bald liquidiert werden muß. Bisher hat die Finanzverwaltung ihren Bedarf durch Banknotenschuld gedeckt, weil dieser Weg der billigste war, nun aber gedenkt der Minister, an die Aufnahme einer inneren Anleihe zu schreiten und die Tätigkeit der Banknotenpresse kann ohne die Gefahr des Bankrotts eingestellt werden. In der Frage der Inflation vertritt Szende die Meinung, daß diese die Teuerung nicht verursacht habe, so daß die Vermehrung der Banknoten nicht die Steigerung der Warenpreise bedeutet und eine Reduzierung des Banknotenumlaufs auch die Preise nicht verbilligen würde. Sodann weist Redner nach, daß Vermögen und Produktivkapital zwei verschiedene Sachen sind und daß durch die Vermögensabgabe das Vermögen, nicht aber das Produktivkapital belastet wird. Er ist der Ueberzeugung, daß die Vermögensabgabe, die ein Mittel der Vermögensnivellierung ist, die Produktion im Gegenteile erhöhen werde.

Sodann kommt der Finanzminister darauf zu sprechen, in welcher Weise der laufende Bedarf des Staates gedeckt werden könnte. Er verschließt sich nicht der Erhöhung gewisser Konsumsteuern, die nicht unentbehrliche Artikel betreffen. Im allgemeinen hält er aber die Verbrauchssteuern und auch die Umsatzsteuern aus sozialen Gesichtspunkten nicht für geeignet, weil man die Last der Staatsschuldentilgung nicht auf die Schultern der ärmsten Volksschichten wälzen dürfe. Die Vermögensabgabe hat den Vorteil, daß — wie Generaldirektor Simon v. Krauß dies richtig bemerkt hat — nach ihrer Durchführung jedermann damit ins reine komme, was eigentlich sein Vermögen ist. Der Finanzminister ergreift die erste Gelegenheit, da er sich mit den Vertretern der Wirtschaftswelt und der Fachwissenschaft ausinandersetzen kann, um sich über Finanzpläne, sowie über die Absichten der Regierung zur Wiedermöglichkeit der Produktionsarbeit zu äußern. Dies finde er um so notwendiger, als in der öffentlichen Meinung der Vorwurf erhoben wird, daß die Regierung nichts unternehme, um die Produktion in Fluß zu bringen, und daß sie Staatsgelder in leichtfertiger Weise zur Unterstützung des Nichtstuns vergeube. Demgegenüber beruft sich der Redner auf den Ausspruch Adolf v. Illmanns, der erklärt hat, daß wenigstens fünf bis zehn Jahre notwendig sein werden, bis die normalen wirtschaftlichen Verhältnisse wiederkehren. Es sei also eine Ungerechtigkeit von der Regierung zu fordern, die Arbeitslust in einigen Wochen herzustellen. Der lange Krieg hat die breitesten Schichten der Bevölkerung nicht nur zur Arbeitslosigkeit erzogen, sondern auch daran gewöhnt, sich vom Staate erhalten zu lassen. Die Abrüstung erfolgte nun nicht in dem allmählichen Tempo, in dem sie ursprünglich gedacht war. Das Militär strömte in einigen Wochen nach Hause, die Abrüstung erfolgte rasch und es brach eine Massenepidemie der Arbeitsunlust aus. Ziehen wir nun diese Psychose in Betracht, so muß die Lage nicht als untröstlich bezeichnet werden. Der Staat hatte die einzige Wahl: Entweder die überspannten Ansprüche der heimkehrenden Massen zu befriedigen, oder aber das heimkehrende Militär mit Maschinen-gewehren zu empfangen. Nur jener möge einen Stein auf die Regierung werfen, der gewagt hätte, das letztere Mittel zu wählen. (Langanhaltender stürmischer Beifall und Applaus.) Redner hofft, daß die Geschichte der Regierung für diese Geldvergeudung das Abolutorium erteilen werde. Wir hoffen, sagt Szende, daß im Frühjahr eine Wandlung eintreten werde und die Arbeit sowohl in der Landwirtschaft, als auch durch große öffentliche Arbeiten beginnen wird. Aus diesem Gesichtspunkte kann nur die nachgiebige Politik der Regierung gegenüber der Arbeitslosigkeit gerecht beurteilt werden. Der Finanzminister erklärt, sodann, daß er soeben am Werke ist, unter Zugiehung des Staatsrechnungshofes einen regelrechten Kostenvoranschlag zusammenzustellen. Die leichte Art der Budgetaufstellung aber, wie sie in Oesterreich in Angriff genommen wurde, wo man die Ausgaben und die Einnahmen mit einem Pauschalbetrag bestimmt, kann er nicht befolgen. Da der Bedarf ein unendlicher ist, so ist die Frage nicht wesentlich, wieviel aus der Vermögensabgabe einfließen wird, da alles Geld zu wenig sein werde. Zur Deduktion des laufenden Bedarfs bereitet die Regierung eine hohe Erbssteuer vor, die im Verhältnisse zur Ferne des Verwandtschaftsgrades und zur Größe der Erbschaft progressiv steigen und bei den höchsten Vermögen bis zur völligen Vermögensenteignung gesteigert werden soll. Was die Schaffung neuer Monopole betrifft, so will der Minister diesen Weg nur im äußersten Notfalle, wenn alle anderen Mittel versagen, beschreiten. Auch er wäre gern bereit, das Gesetz über die Vermögensabgabe durch das Parlament erbringen zu lassen, die Einberufung der Nationalversammlung hänge aber von ganz anderen Faktoren ab. Soviel kann er dezidiert erklären, daß die Einberufung des Parlaments keinesfalls davon abhängig gemacht wird, daß die Infraktion der Vermögensabgabe ohne Parlament vielleicht bequemer möglich wäre. Der Finanzminister schließt seine Ausführungen mit der Ueberzeugung, daß auch jene öffentliche Meinung, die die Vermögensabgabe zu tragen haben wird, sich mit dieser unumgänglichen großen Steuerlast bereits ausgeöhnt hat, und daß das Programm, das den Arbeitswillen wieder aufrichten will, sich bewahrheiten werde. (Lebhafte Claque und Applaus.) Die Spezialdebatte wird Montag nachmittag im Brunnsaale der Handels- und Gewerbekammer beginnen.

Der Verwaltungsgerichtshof befaßte sich in seiner gestern abgehaltenen Plenarsitzung ebenfalls mit der Frage der einmaligen großen Vermögenssteuer. An dieser Beratung nahmen die Richter beider Sektionen teil, den Vorsitz führte Präsident Dr. Baron Julius Blässics. Insbesondere wurde die Frage des Forums sowie die Grundfragen des Bemessungsverfahrens erörtert. Die Konferenz hat die detaillierte Ausarbeitung der einzelnen aufgetauchten Fragen sowie die Evidenzhaltung der Frage überhaupt einer engeren Kommission zugewiesen, die ein der Regierung seinerzeit zu unterbreitendes Memorandum ausarbeiten wird.